

Grosser Rat

Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission
Subkommission DJS



Grossratsgeschäftsnummer: 24 / BS 13 / 149
Rechtsbuch-Nummer: -
Departement: DJS

Bericht der GFK-Subkommission DJS zur Geschäftsprüfung 2024

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DJS

Präsident: Peter Priska, Münchwilen
Mitglieder: Preiss Marcel, Weinfelden
Regli Christoph, Frauenfeld
Spiri Robin, Amriswil

Geschäftsbericht 2024 des Regierungsrates / Staatsrechnung 2024

Allgemeines zum Departement

An der internen Besprechung vom 22. April 2025 hat die Subkommission DJS den Geschäftsbericht, die Staatsrechnung und die offenen Punkte der Finanzkontrolle vorbeprochen und anschliessend dem Departement DJS für die Beantwortung zugestellt. Die Detailberatung fand mit dem Stellvertreter Regierungsrat Dominik Diezi am 8. Mai statt.

Das Budget 2024 wurde mit einem Aufwandüberschuss von 72.41 Mio. Franken veranschlagt. Die Rechnung schliesst mit einem Nettoaufwand von rund 76.96 Mio. Franken also rund 4.54 Mio. schlechter ab als budgetiert.

Die grössten negativen Abweichungen mussten bei der Grundbuch- und Notariatsverwaltung, beim Amt für Justizvollzug und der Staatsanwaltschaft verzeichnet werden. Besser abgeschlossen haben insbesondere die Kantonspolizei, das Amt für Betreibungs- und Konkurswesen sowie das Migrationsamt.

Die Investitionsrechnung konnte insgesamt rund 3.68 Mio. Franken unter dem Budget abschliessen.

Beim Amt für Bevölkerungsschutz und Armee werden die Investitionen vollumfänglich durch Bundesbeiträge gedeckt.

Weitere Investitionen hatten nur die Kantonspolizei und das Amt für Justizvollzug getätigt.

Die Subkommission DJS bedankt sich beim Regierungsrat Dominik Diezi, dem Generalsekretär Stephan Felber sowie seinem Stellvertreter Departementscontroller Mattias Schoop für die gute Vorbereitung und die konstruktiven Gespräche.

Eine sehr Arbeitsintensive Zeit ist nun bald zu Ende, vielen herzlichen Dank für die Sondereinsätze im Amt des DJS.

Ämterbesuche 2025

Die Subkommission hat folgende Ämter besucht:

- Strassenverkehrsamt
- Amt für Bevölkerungsschutz und Armee
- Migrationsamt
- Amt für Betreibungs- und Konkurswesen
- Massnahmenzentrum Kalchrain

Die Subkommission dankt den Amtsleiter der fünf Ämter für die sehr detaillierten und aufschlussreichen Informationen und die konstruktiven Gespräche.

Wo sinnvoll, wurden die Einrichtungen in einem Rundgang besichtigt.

Bemerkungen zu den einzelnen Ämtern

Keine.

5010 Generalsekretariat

Keine Bemerkung

5110 Amt für Handelsregister und Zivilstandswesen

Das ausgewiesene Ergebnis schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 17'269 Fr. was einen Kostendeckungsgrad von 101% entspricht.

Die Abteilung Handelsregister arbeitet bereits seit Jahren an der Belastungsgrenze, was bedeutet, dass das stetig steigende Geschäftsaufkommen und personelle Fluktuationen praktisch nicht mehr kompensiert und Teile des gesetzlichen Auftrags nicht mehr gehörig wahrgenommen werden können. Aufgrund Ausfälle mit Austritten als Folge im letzten Jahr, die bis heute nicht ausgeglichen werden konnten, wurde die Situation durch den notwendigen Leistungsabbau und die beträchtlich längeren Bearbeitungszeiten nun auch nach aussen hin sichtbar. Das Handelsregister des Kantons Thurgau weist, gemessen am Total der eingetragenen Rechtseinheiten im Kanton, schweizweit und mehrheitlich mit grossem Abstand die tiefsten Stellenquanten auf, die über Jahre nicht den sich stetig ändernden Umständen angepasst worden sind.

Das Handelsregister digitalisiert bereits seit 2014 sämtliche Eintragungsgeschäfte. Physische Akten werden seither keine mehr aufbewahrt. Komplette digitale Eingaben in Zusammenhang mit Eintragungen in das Handelsregister sind bereits seit einigen Jahren möglich. Die Archivierung und Digitalisierung von Prozessen im Handelsregister unterliegt jedoch anspruchsvollen bundesgesetzlichen Vorgaben, was bisher dazu geführt hat, dass sowohl Unternehmer als auch Urkundspersonen nur spärlich davon Gebrauch machten. Über 95 % aller Eingaben erfolgen noch physisch auf Papier, weil es schlicht einfacher und schneller ist. Hinzu kommt, dass die Digitalisierung solcher Prozesse

aufgrund der vielen Medienbrüche aktuell noch mehr personelle Ressourcen bindet als entlastet.

5120 Zivilstandsämter

Die Ämter erbrachten die geforderten Dienstleitungen gemäss Leistungsauftrag

Die Zivilstandesämter in der Schweiz haben gesamtschweizerisch einen Kostendeckungsgrad von 42-47%. Die Zivilstandesämter im Kanton Thurgau weisen einen Kostendeckungsgrad von 60% (2024) gegenüber 70% (2023).

Der Ertrag liegt auf Grund der zurückgegangenen Nachfrage nach Heimatscheinen infolge der Revision der kantonalen Einwohnerregisterverordnung per 1. Januar 2024 (ErV;RB 142.151) tiefer als budgetiert.

Die Erhebung von zusätzlichen Gebühren, Auslagen oder Zuschlägen für zivilstandsamtliche Tätigkeiten ist gemäss Art. 1 Abs. 2 der Verordnung über die Gebühren im Zivilstandswesen (ZStGV; SR 172.042.110) explizit untersagt. Die Prüfung von ausländischen Dokumenten mit erhöhtem Aufwand wird verrechnet. Die vorgängige, zeitintensive Beratung kann jedoch nicht in Rechnung gestellt werden (Informationspflicht).

5130 Grundbuch- und Notariatsverwaltung

Das Budget 2024 wurde aufgrund der ausserordentlichen hohen Einnahmen in den Jahren 2020-2022 zu optimistisch erstellt. Der Kostendeckungsgrad wurde um 18% verfehlt.

Das Ergebnis ist auch aus Sicht der Amtsleitung sehr unbefriedigend. Deshalb wurde es eingehend analysiert und es sind Massnahmen eingeleitet worden. Es betrifft insbesondere das Produkt "Beurkundungen/Beglaubigungen". Beim Produkt "Erbfälle" ist die Differenz wesentlich kleiner. Das Ziel ist klar und auch in den Budgets 2025 und 2026 entsprechend vorgesehen: Die Leistungen des Produkts "Beurkundungen/Beglaubigungen" müssen kostendeckend erbracht werden können.

Nach der Anpassung der Gebührenansätze im Rahmen des Projekts LÜP wurde dies in den Jahren 2016 bis 2021 weitgehend erreicht. Seit-her ist der Kostendeckungsgrad dieses Produkts auf 91%, 82% und 80% gesunken. Die Gründe dafür sind vielseitig und im Wesentlichen die folgenden:

Die Gebührenansätze für verschiedene Dienstleistungen sind zu tief angesetzt (z.B. Beglaubigungen, Deponierung Verfügungen von Todes wegen) und in den Minimalgebühren sind zu viele Arbeiten enthalten, die nicht weiterverrechnet werden können. Der zusätzliche Zeitaufwand für einzelne Geschäfte wird teilweise zu wenig konsequent über die Gebühren weiterverrechnet. Kurzberatungen und -auskünfte bis 30 Minuten werden als Servicepublic kostenlos angeboten.

Aufgrund der Erbrechtsrevision per 1.1.2023 nahm die Nachfrage nach solchen Beratungen/Auskünften stark zu (z.B. Überprüfung bestehender Testamente)

Die Revision des Aktienrechts per 1.1.2023 brachte zusätzlichen Aufwand mit sich

Die Fälle werden zunehmend komplexer (Stichworte: Patchwork-familien, Erbstreitigkeiten, Staatsverweigerer)

Die Anzahl der gebührenpflichtigen Beurkundungen konnte nicht wesentlich gesteigert werden

Es mussten überdurchschnittlich viele Notare/innen und weitere Mitarbeitende ersetzt werden; diese mussten eingearbeitet werden und Erfahrungen sammeln

Aufgrund des Fachkräftemangels muss relativ viel Zeit in die eigene Nachwuchsförderung investiert werden, damit offene Stellen gut besetzt werden können

Im Bereich der Digitalisierung gibt es Potential, um die Abläufe effizienter auszugestalten (z.B. Digitaler Schalter)

Die Amtsleitung setzt alles daran, um die Situation bereits im laufenden Jahr zu verbessern. Die Zeichen der ersten Monate sind positiv.

5210 Amt für Betreibungs- und Konkurswesen

Der Jahresabschluss 2024 fällt insgesamt um 1.874 Mio. Fr. besser aus als budgetiert. Der Kostendeckungsgrad liegt bei 98%.

Die neuen gesetzlichen Bestimmungen im Konkursrecht (Bundesgesetz über Schuldbeitreibung und Konkurs, SchKG; SR 281.1) gehen auf das vom Bundesrat im Jahr 2019 lancierte Massnahmenpaket zur Bekämpfung von Missbräuchen im Bereich der Zwangsvollstreckung zurück. Die entsprechende Gesetzesänderung trat per 1. Januar 2025 in Kraft und verfolgt das Ziel, Straftaten im Zusammenhang mit Konkursverfahren zu verhindern bzw. zu reduzieren sowie missbräuchliche Konkurse wirksam zu bekämpfen. Ursprünglich war die Inkraftsetzung auf den 1. Januar 2024 vorgesehen. Aufgrund dessen, sowie aufgrund der weltwirtschaftlichen Lage und Unsicherheit ging das Amt davon aus, dass die Zahl der Konkurse deutlich ansteigen wird. Dies wurde im Budget 2024 entsprechend berücksichtigt.

Die Digitalisierung im ABK, ohne den Bereich Friedenrichter sind durchgängig umgesetzt.

5250 Staatsanwaltschaft

Gesamtschweizerisch und auch im Kanton Thurgau hat die Arbeitslast der Staatsanwaltschaft in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Im Vergleich der letzten 10 Jahre haben sich die Falleingänge bei den Verbrechen und Vergehen markant zugenommen und sind komplexer geworden.

Am 1. Januar 2024 startete die Staatsanwaltschaft mit 2'881 Strafverfahren wegen Verbrechen und Vergehen sowie 2'550 pendenten Strafverfahren wegen Übertretung.

Im Jahr 2024 kamen 6'141 Strafverfahren wegen Verbrechen und Vergehen und 16'783 Strafverfahren wegen Übertretungen dazu.

Im gleichen Zeitraum konnten insgesamt 6'093 Strafverfahren wegen Verbrechen und Vergehen und 15'917 Strafverfahren wegen Übertreten rechtskräftig abgeschlossen werden.

Die Zentralisierung des Finanz- und Rechnungswesens wurde umgesetzt.

Ebenfalls wurde die Zentralisierung der Übertretungsstrafverfahren umgesetzt, was bereits zu einer merkbaren Entlastung der regionalen Staatsanwaltschaften führe.

5350-5370 Amt für Justizvollzug

Das Globalbudget des Amtes wurde um 3.8 Mio. Fr. überschritten.

Zu diesem Ergebnis führten hauptsächlich höhere Vollzugskosten.

5410-5417 Strassenverkehrsamt

Die Rechnung schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 1'258'968 Fr. ab.

Der Kostendeckungsgrad liegt bei 107%

Der Fahrzeugbestand nimmt stetig zu 1.4% (4010), liegt aber im Quervergleich im Schweizer Durchschnitt.

In Folge kommt es zu Rückständen der Fahrzeugprüfungen.

Eine Erhöhung der Personalressourcen (Verkehrsexperten) wäre sowohl ertragsfördernd als auch im Sinne eines Pendenzenabbaus förderlich.

Zu erwähnen gilt, dass eine Aufstockung von Verkehrsexperten am Standort Frauenfeld nicht ohne zusätzliche Prüfbahnen und entsprechenden Investitionen in die Infrastruktur möglich wäre. Am Standort Amriswil könnte hingegen auch ohne zusätzliche Prüfbahnen Personal aufgestockt werden.

5420 Eichamt

Der neue Eichmeister befand sich bis Ende 2024 noch in der Eichmeister-Ausbildung, konnte aber trotz der Zusatzbelastung bedeutend mehr Zufallspackungen prüfen als erwartet.

Zufallspackungen sind vorverpackte Produkte (sog. Fertigpackungen) mit individueller Mengenangabe, die fest verschlossen sind (z.B. Packung 1, Fleischkäse am Stück mit 238g netto, Packung 2 mit 248g netto usw.). Im Gegensatz hierzu haben Fertigpackungen gleicher Nennfüllmenge eine einheitliche Gewichtsdeklaration (z.B. 1kg Zucker). Hier wird im Wesentlichen kontrolliert, ob das Produkt netto ausgezeichnet wurde, also die Verpackung nicht mitgewogen wurde. Die Vorgabe wurde tatsächlich angepasst – eine vernünftige (erreichbare und sinnvolle Obergrenze) liegt bei etwa 900 kontrollierten

Packungen. Die Kontrollen im Rahmen des Vollzugs der Mengenangabe Verordnung ergeben keinen Ertrag – lediglich im Fall von Beanstandungen können Gebühren nach zeitlichem Aufwand geltend gemacht werden (siehe Eichgebühren-verordnung, SR 941.298.1).

5430-5446 Migrationsamt

Dank der hohen Nachfrage nach Ausweisprodukten (Schweizer Pass, Identitätskarten, Ausländerausweisen) resultieren höhere Gebühreneinnahmen. Die den Mehraufwand infolge höheren Geschäftslast übersteigt und zu einem Besseren Deckungsgrad von 77% führt, bei der Produktgruppe Asyl und Rückkehr stieg der Kostendeckungsgrads auf 73%

5450-5457 Jagd- und Fischereiverwaltung

Schwerpunktziel RRL 2020-2024
Erstellung eines neuen Jagdschiessanlage.

Der Grosse Rat hat die Gesetzesrevision im November 2022 grossmehrheitlich zugestimmt und damit die rechtlichen Grundlagen für die verpflichtende Erstellung eines neuen Jagdschiessanlage durch den Kanton geschaffen.

Das entsprechende Bauprojekt wurde im Rahmen der Budgetdebatte 2024 jedoch vom Grossen Rat im Dezember 2023 an den RR zurückgewiesen. Im Dezember 2024 hat der Grosse Rat den Projektkredit im Rahmen der Budgetdebatte 2025 genehmigt.

Die Kaufverträge zwischen KVA und Kanton sind in Vorbereitung. Im zweiten Quartal 2025 sollen die Grundstücke erworben und das Baugesuch an die Bewilligungsbehörden eingereicht werden. Aufgrund der angespannten Finanzlage des Kantons wurde im Rahmen des Budgets 2025 beschlossen, mit der Ausführungsplanung erst ab 2027 weiterzufahren. Die Realisierung der Anlage erfolgt in den Jahren 2027 bis 2028. Die grössten Risiken bezüglich Einhaltung der Termine liegen bei möglichen Einsprachen im Rahmen des Baubewilligungsverfahren aufgrund der Lärmemissionen durch den Schiessbetrieb

5510 Kantonspolizei

Vor Berücksichtigung der nicht betriebswirksamen Einnahme schliesst die Erfolgsrechnung um 3'476'947 Fr. oder 3.9% besser ab als budgetiert. Die nicht Betriebswirksamen Einnahmen liegen um 1'387'456 Fr. unter Budget. Gesamthaft wird das Budget um 3.2% oder 2'089'491 Fr. unterschritten.

Der Korpsbestand der Kantonspolizei Thurgau lag am 1. Januar 2025 bei 432.05 Stellen (1. Januar 2024 430.10 Stellen) Der durchschnittliche Korpsbestand betrug im Jahr 2024 427 Polizistinnen und Polizisten.

Die Kantonspolizei hat den Auftrag 2'500 Messorte (Indikator 5 des Geschäftsberichts) pro Jahr zu betreiben. Dahinter steht der Auftrag, dass die Kantonspolizei auf dem gesamten Kantonsgebiet und zu unterschiedlichen Zeiten Geschwindigkeitsmessungen durchführt und diese nicht nach finanziellen Interessen ausrichtet. Die Kantonspolizei betreibt derzeit vier mobile Messgeräte (die jeweils von einem Polizisten betreut werden), vier semistationäre Geschwindigkeitsmessanlagen, drei stationäre Geschwindigkeitsmessanlagen auf Autobahnen (A1/A7) sowie zwei Geschwindigkeits- und Rotlichtmessanlagen (an drei Standorten).

Die sogenannte Übertretungsquote schwankte in den vergangenen fünf Jahren zwischen 0.25 % und 0.34 %; insofern kann durchaus festgestellt werden, dass die Verkehrsteilnehmenden im Kanton Thurgau die signalisierten Geschwindigkeiten grossmehrheitlich einhalten und sich der stetige Kontrolldruck sowie die sichtbare Präsenz bewähren.

Zu den Messerfahrungen 2024 kann gesagt werden, dass gegenüber 2023 zwar mehr Messstunden und gemessene Fahrzeuge registriert wurden. Diese Zahlen basieren aber zu einem sehr grossen Teil auf den stationären Geschwindigkeitsmessanlagen auf den Autobahnen, die erfahrungsgemäss seit mehreren Jahren stark sinkende Einnahmen generieren. Im Weiteren kamen unvorhersehbare Faktoren hinzu. Die vier semistationären Geschwindigkeitsmessanlagen mussten für je rund eine Woche in einen ausserordentlichen Service gegeben werden und die Geschwindigkeits- und Rotlichtanlage Frauenfeld fiel während eines ganzen Monats aus (Netzwerk). Zudem fiel die stationäre Geschwindigkeitsmessanlage A1 während mehreren Monaten aufgrund eines Glasfaserunterbruchs aus. Die erwähnten Ausfälle sind mitverantwortlich für die Mindereinnahmen gegenüber dem Budget. Ebenfalls zu erwähnen gilt, dass personelle Veränderungen ihren Beitrag zu den geringeren Einnahmen leisteten. Einerseits konnte nach der Pensionierung eines Mitarbeiters die Nachfolge erst nach einem Unterbruch von zwei Monaten wiederbesetzt werden. Die Ausbildung bzw. die Zertifizierung dieser Person nahm einen weiteren Monat in Anspruch. Andererseits unterstützten Mitarbeitende der Geschwindigkeitskontrolle den interkantonalen Einsatz anlässlich der Ukrainekonferenz oder mussten korpsintern bei Anlässen und Einsätzen Hilfe leisten.

Zu guter Letzt darf erwähnt werden, dass die Anzahl ausgestellter Ordnungsbussen durch die Regionalpolizei (insbesondere aus dem ruhenden Verkehr) aufgrund der hohen Belastungen und des Personalbestandes von rund 19'000 auf rund 16'000 abgenommen hat.

5640-5650 Amt für Bevölkerungsschutz und Armee

Der Leistungsauftrag wurde erfüllt und die Rahmenbedingungen konnten eingehalten werden. Die Rechnung schliesst mit einem Nettoaufwand von 2'861'353 Fr. ab. Der Ertrag bei der Wehrpflichtersatzabgabe lag deutlich unter der Budgetvorgabe.

Per 1. Mai werden die provisorischen Rechnungen an alle Ersatzabgabepflichtigen versendet. Erst wenn die Steuerdaten für das Abgabebjahr definitiv sind, kann auch eine

8/8

definitive Veranlagung der Wehrpflichtabgabe erfolgen. Aufgrund der Rückstände bei der Steuerverwaltung könnte eine Bugwelle entstehen, dies aber nur, wenn die Steuerverwaltung innert kurzer Zeit die Pendenzen abarbeiten würde.

Gerichte

Das Rechnungsergebnis aller Gerichte inklusive aller Rekurskommissionen fällt um 1.44 Mio. Fr. geringer aus als budgetiert. Zum positiven Ergebnis beigetragen haben insbesondere das Obergericht / inkl. der zentralen Dienste). Aber auch das Verwaltungsgericht hat die Budgetvorgabe um 365'599 Fr. unterschritten.

Münchwilen, 06. Juni 2025

Die Subkommissionspräsidentin:
Peter Priska, Münchwilen